

Entschließungsantrag

der Bundesrät*innen Günther Novak, Stefan Schennach,
Genossinnen und Genossen
betreffend **Gaspreisdeckel jetzt umsetzen!**

eingebraucht im Zuge der Debatte zum Beschluss des Nationalrates vom 15. November 2022 betreffend ein Bundesgesetz, zur Begründung von Vorbelastungen durch die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (1745 d.B. und 1780 d.B.).

11 Prozent, so hoch ist die Inflation in Österreich mittlerweile – damit hat diese ein 70-Jahres-Hoch erreicht, welches den Menschen in Österreich jeden Tag schwer zu schaffen macht. Egal ob es um Güter des täglichen Bedarfs, Lebensmittel, die Kosten von Treibstoff oder das Heizen bzw. den Strom in der Wohnung geht – die Preise sind in allen Bereichen des Lebens rasant gestiegen. Indikatoren, die üblicherweise auf Armut hindeuten, wie zum Beispiel Schwierigkeiten bei der Finanzierung größerer Ausgaben, treffen mittlerweile breite Teile der Bevölkerung. Aber auch die Wirtschaft ist betroffen, wie man am drohenden Aus zahlreicher kleiner Nahversorger, aber auch an den Schwierigkeiten der großen produzierenden Betriebe sehen kann, die unter den massiven Energiekosten leiden.

Sinnvolle Maßnahmen, die von der SPÖ seit vergangenem Herbst eingefordert werden und die von anderen Ländern in der EU bereits umgesetzt werden oder wurden, sind seither von der Bundesregierung leider nicht aufgenommen, oder wie etwa im Falle des Energie- und Gaspreisdeckels lange Zeit rundheraus abgelehnt worden. Jetzt wird aber ebenjener Gaspreisdeckel in Deutschland Realität. Dieser ist im Gegensatz zu den bisher getroffenen Einmalzahlungen auch nachhaltig wirksam und entlastet die Menschen in hohem Maße jeden Tag.

Die Empfehlung der Gaspreiskommission, die unser Nachbarland dabei umsetzt, wurde von Expert*innen erarbeitet und sieht eine Entlastung in zwei Stufen vor.

Stufe 1: In einer Soforthilfemaßnahme wird den deutschen Haushalten sowie Betrieben mit einem Verbrauch von bis zu 1,5 Mio. Kilowattstunden pro Jahr im Dezember eine Monatsrechnung für Gas und Fernwärme erlassen. Bis zu Stufe 2 wird so der Gaspreisdeckel durch eine kurzfristig wirksame Maßnahme überbrückt, bis die notwendige Beschlussfassung in den gesetzgebenden Körperschaften erfolgt ist.

Stufe 2: Spätestens ab März 2023 – nach einer Freigabe durch die europäische Kommission – und geplant rückwirkend ab Januar 2023 soll der deutsche Gaspreisdeckel für alle Haushalte und Klein- sowie Mittelbetriebe greifen. Dabei werden bis zu 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs von Gas mit maximal 12 Cent pro Kilowattstunde begrenzt. Für die Industrie, die in großem Maße mehr Energie verbraucht soll der Preis mit 7 Cent pro kWh und für 70 Prozent des Vorjahresverbrauchs bereits ab Jänner gedeckelt werden.

Damit wird nachhaltig der Preis der Energie gedrosselt und zudem die Kaufkraft gestützt, weil es den Menschen möglich ist, nicht ihr gesamtes verfügbares Einkommen für die Erhaltung der Fixkosten aufwenden zu müssen. Konkret werden die Menschen in Deutschland zukünftig nur

noch die Hälfte des in Österreich verrechneten Gaspreises zahlen. In der Industrie und den Betrieben werden die Gaspreise in Österreich bereits in wenigen Wochen zwei- bis dreimal so hoch sein wie die Preise in unserem Nachbarland – mit verheerenden Folgen für unsere Wirtschaft, die dadurch in einen massiven Wettbewerbsnachteil geraten wird.

Der Gaspreisdeckel, den die deutsche Bundesregierung einführt, wirkt inflationsdämpfend, bremst also die Preisentwicklung ab, was den zentralen Unterschied zum österreichischen Modell des Energiekostenzuschusses darstellt. Insbesondere Folgeeffekte auch im Bereich der Wohnkosten, Lebensmittelpreis und dem Dienstleistungssektor sind dadurch gegeben. Die Gegenfinanzierung soll dabei über eine Übergewinnsteuer in entsprechender Höhe, geschafft werden, die jedoch ein ambitionierteres Vorgehen verlangen würde, als es jetzt von der österreichischen Regierung gewählt wurde.


Diese starken Argumente der SPÖ für die Einführung einer Gaspreisbremse haben mittlerweile auch namhafte ÖVP-Politiker*innen anerkannt, wie etwa der Präsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKO) Harald Mahrer, der Landeshauptmann von Oberösterreich, Thomas Stelzer, und zuletzt die Landeshauptfrau von Niederösterreich, Johanna Mikl-Leitner. Auch Arbeits- und Wirtschaftsminister Kocher kann sich mittlerweile und wohl infolge der Positionierung der Landeshauptleute und des Wirtschaftskammerpräsidenten eine Lösung nach dem Vorbild des deutschen Gaspreisdeckels vorstellen.

Die unterfertigten Bundesrätinnen und Bundesräte stellen daher nachstehenden


Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:


„Die Bundesregierung wird aufgefordert, sofort mit den Vorbereitungshandlungen für einen nationalen Gaspreisdeckel bzw. eine nationale Gaspreisbremse zu beginnen und dem österreichischen Nationalrat und dem Bundesrat so schnell wie möglich einen Gesetzesentwurf zuzuleiten, der geeignet ist, die Preise für Strom- und Gas für Haushalte, Wirtschaft und Industrie erheblich zu senken und gleichzeitig eine Gegenfinanzierung durch eine Übergewinnsteuer für Energiekonzerne sicherstellt. Um eine kurzfristige Entlastung zu schaffen, soll schon im Dezember eine Winterhilfe – in Form eines Erlasses der Gas- und Fernwärmerechnung für Haushalte und Wirtschaft – nach deutschem Modell umgesetzt werden.“


(Novak)


(SCHUCHMANN)


(Schennach)


(Andrea Köhler)


(EGON-KRANZBERGER)

